

1.9.2016

Neukeynesianismus und Postkeynesianismus:

Was für ein Unterschied!

Ewald Walterskirchen

für: Wirtschaft und Gesellschaft, Herbst 2016

1. Einleitung

In der öffentlichen Diskussion wird meist zwischen Neoklassik und Keynesianismus unterschieden. Diese Aufgliederung ökonomischer Schulen ist zu unscharf. Innerhalb der „neoklassischen Denkwelt“ sind die Unterschiede zwischen Neoklassik, Österreichischer Schule (Hayek) und New Classical Macroeconomics (Lucas) schon beachtlich. Aber innerhalb des keynesianischen Lagers sind die Differenzen zwischen neoklassischer Synthese, Neukeynesianismus und Postkeynesianismus gewaltig¹.

Die Unterschiede in der Wirtschaftspolitik sind innerhalb der großen Denktraditionen kleiner als in der Theorie. Hier beharren alle neoklassischen Schulen auf Marktlösungen, alle Keynesianer auf staatlichen Kriseninterventionen. Relativ gering sind auch die Abweichungen innerhalb der großen ökonomischen Schulen, was die Erklärung von Finanz- und Wirtschaftskrisen betrifft: Die Neoklassiker geben den staatlichen Regulierungen, den Notenbanken und „Betriebsunfällen“ die Schuld, die Keynesianer dem unkontrollierten Marktmechanismus und der Finanzspekulation.

¹ Der Autor dankt Alois Guger und Michael Mesch für wertvolle Hinweise.

2. Kurze Geschichte des ökonomischen Mainstream

Die neoklassische Theorie beherrschte die Universitäten und die Wirtschaftspolitik vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zur Weltwirtschaftskrise. Nach dieser Theorie ist eine Krise eine Art „Selbstreinigungsprozess“, der Störungen durch staatliche und gewerkschaftliche Eingriffe oder Marktunvollkommenheiten über flexible Preise und Löhne wieder zum Gleichgewicht zurückführt.

Da diese Rückkehr zum Gleichgewicht aber in der Großen Depression viele Jahre ausblieb, geriet die neoklassische Theorie ins Kreuzfeuer der Kritik. Keynes entwickelte eine alternative Vision des Wirtschaftsprozesses, der ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung – unfreiwillige Arbeitslosigkeit – zulässt. In dieser Situation ist Arbeitslosigkeit nicht durch Lohnsenkungen zu beseitigen, sondern durch eine Belebung der Nachfrage am Gütermarkt.

Der Keynesianismus entstand als Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre. In der praktischen Politik führten öffentliche Investitionen – insbesondere Roosevelts New Deal in den USA - zum Erfolg. Die Arbeitslosigkeit wurde schließlich durch die Staatsausgaben für den Zweiten Weltkrieg völlig beseitigt.

Zum ökonomischen Mainstream wurde aber nicht der „wahre Keynes“, sondern die sog. „neoklassische Synthese“. Sie verband die neoklassische Mikrotheorie mit der keynesianischen Makroökonomie. Bis in die 70er Jahre beherrschte diese Form des Keynesianismus das ökonomische Denken. In diesem „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ wurden die wirtschaftspolitischen Vorschläge der neoklassisch-keynesianischen Synthese in die Praxis umgesetzt.

Mit den Ölpreisschocks und der Inflation der siebziger Jahre fand das „Golden Age“ sein Ende. Die Wirtschaft stagnierte, Arbeitslosigkeit und Inflation waren gleichzeitig hoch. Eine solche Stagflation hätte es nach dem „keynesianischen“ Konzept der Phillips-Kurve nicht geben dürfen. Der

Keynesianismus verlor damit an Glaubwürdigkeit. Die von den Keynesianern empfohlene Einkommenspolitik konnte das Stagflationsproblem nicht rasch genug lösen.

Milton Friedmans und Friedrich von Hayeks Ideen bekamen Aufwind - besonders unter Reagan und Thatcher. Die Chicago-Schule forderte die Deregulierung aller Märkte, um deren Effizienz zu steigern. Alan Greenspan war ein großer Verfechter der Liberalisierung der Finanzmärkte.

Diese politische Wende blieb aber nicht auf Reagan, Thatcher und konservative Parteien beschränkt. Der liberale Clinton und die Sozialdemokraten Blair und Schröder übernahmen die Grundzüge dieser Wende und sprachen von einem „Dritten Weg“, der zwischen klassischer Sozialdemokratie und Neoliberalismus liegen sollte.

Auf theoretischer Ebene kam es zu einer Rückkehr der Neoklassik in Form der „New Classical Macroeconomics“ und der „supply side economics“. Robert Lucas argumentierte, dass rationale Erwartungen die keynesianische Politik obsolet machten. Die Menschen würden die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen antizipieren und in ihr Verhalten miteinbeziehen.

Die „New Keynesians“ griffen die Kritik der „New Classical Economists“ an der mangelnden Mikrofundierung des Keynesianismus auf. Sie entwickelten Konzepte, um die Starrheit von Preisen und Löhnen mikroökonomisch zu begründen.

2.1 Hegemonialmacht bestimmt den Mainstream

Der Hegemon der Weltwirtschaft dominiert auch den Mainstream der ökonomischen Theorie: Zunächst war dies England, dann Amerika. Da Großbritannien eine Vorreiterrolle bei der industriellen Revolution spielte, wurde zunächst die britische klassische Schule (Smith, Ricardo) dominierend.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat die marginalistische neoklassische Schule (Jevons, Menger, Walras) in den Vordergrund. Alfred Marshall verband die marginalistischen Ideen mit der klassischen Theorie (Kurz 2013, S.51). Sein Standardwerk „Principles of Economics“ aus dem Jahr 1890 gab lange Zeit an den Universitäten den Ton an. Auch Keynes war zunächst Marshallianer.

Die Neoklassik war ebenso wie die Klassik eine Theorie des realen Sektors. Die Quantitätstheorie diente dazu, Inflation und monetäre Größen zu erklären. Nach der Weltwirtschaftskrise erregte Keynes mit seiner „General Theory“ Aufsehen. John Hicks (1937) baute die Keynesische Theorie in das neoklassische Modell ein und wurde zum Vater der neoklassischen Synthese.

Bis dahin war die Nationalökonomie von Briten dominiert. Allmählich verschob sich das Schwergewicht der Weltwirtschaft von Großbritannien zu den USA². Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg war die Vormachtstellung der USA in der Weltwirtschaft und in der Ökonomie gefestigt. Der Amerikaner Paul Samuelson (1948) schrieb das Lehrbuch „Economics“, das für Jahrzehnte die neoklassische Synthese an den Universitäten verankerte. Makroökonomische Fragen standen hier im Vordergrund, die traditionellen Marshallischen Angebots- und Nachfrageschemata kamen erst ganz zum Schluss.

Die Nobelpreisträger für Ökonomie kamen in den letzten Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen aus den USA. Das heißt nicht, dass die Ökonomen anderer Länder weniger innovativ waren, sondern dass die USA dem ökonomischen Mainstream ihren Stempel aufdrückten.

Robert Lucas rühmte sich einmal, dass es gelungen sei, den Keynesianismus an den Universitäten auszumerzen. In den Core Journals und bei großen Konferenzen könne man keine keynesianischen Artikel unterbringen. Das alles hat offenbar viel mehr mit Macht als mit Wissenschaft zu tun.

² Charles Kindleberger führte die Weltwirtschaftskrise vor allem darauf zurück, dass Großbritannien nicht mehr und die USA noch nicht bereit waren, die Führungsrolle in der Weltwirtschaft zu übernehmen. Eine zweite Große Depression wurde 2007 wahrscheinlich dadurch verhindert, dass die USA das Kommando zur Bekämpfung der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise übernahmen.

Der Mainstream ist aber nicht bloß eine akademische Angelegenheit. Der Internationale Währungsfonds, die OECD und die EU-Kommission beraten die Länder nach Mainstream-Konzepten. Die „ökonomische Umpolung“ der OECD, als Reagan US-Präsident wurde, ist ein bekanntes Beispiel für den Einfluss politischer Macht auf die wirtschaftspolitische Beratung.³

Deutschland als Hegemonialmacht innerhalb der EU dominiert die europäische Politik zumindest seit der Wiedervereinigung: Das gilt insbesondere für die Austerity-Politik seit der Eurokrise. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die deutsche „Soziale Marktwirtschaft“ gegenüber der französischen „Planification“ in der Europäischen Union durchgesetzt.⁴

Der Begriff „Dogmengeschichte“, der an die Dogmen der katholischen Kirche erinnert, hat also auch in der Ökonomie durchaus seine Berechtigung.

2.2 Ist der Mainstream der wissenschaftliche Höhepunkt seiner Zeit?

In den Sozialwissenschaften ticken die Uhren anders als in den Naturwissenschaften. Hier sollte man besser von herrschenden Paradigmen als von „state of the art“ sprechen (Palley 2004).

Josef Steindl war der Meinung, dass der Mainstream primär den Wandel der vorherrschenden Modeströmung anzeigt. „The state of the art“ trägt einmal Hicks'sche, dann Lucas'sche Kleider.⁵

³ Die OECD lobte die österreichische Politik in den siebziger Jahren, kritisierte sie aber, nachdem die OECD von Reagan auf neoklassische Strategien umgepolt wurde.

⁴ In Deutschland dominierten lange Zeit die Ordoliberalen (Eucken). Der Ordoliberalismus, der dem Neoliberalismus Hayeks nahesteht, plädierte für einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, in welchem der Staat den Wettbewerb und die Freiheit der Märkte garantiert - sich aber von Interventionen fernhält. Der Keynesianismus konnte in Deutschland nie auf breiter Basis Fuß fassen. „Wenige Dinge sind in der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland so verpönt wie der Keynesianismus und seine Ideen.“ (Handelsblatt, 11.3.2008).

⁵ Die Mode wird durch das politische Klima und die fashion designers an amerikanischen Universitäten bestimmt. „These fashion designers dictate what economists have to read, on what they have to work and publish“ (Steindl 1990, S.244). Die meisten dieser Publikationen sind ökonomisch und wirtschaftspolitisch irrelevant, aber sie sind notwendig für eine akademische Karriere. Herdenverhalten und Konformismus unter den Ökonomen werden durch die akademischen Auswahlverfahren garantiert.

Hans Seidel argumentierte, dass sich der Mainstream in der Wirtschaftspolitik nur durchsetzt, wenn er ein wichtiges Problem seiner Zeit löst. So gab der Keynesianismus wirtschaftspolitische Empfehlungen, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Der Monetarismus und die angebotsorientierte Wettbewerbspolitik trugen dazu bei, die Inflation unter Kontrolle zu bringen – allerdings mit der Rute der Arbeitslosigkeit. Ein einzelnes ökonomisches Ziel – ohne Rücksicht auf andere Ziele – lässt sich in der Regel erreichen.

2.3 Neoklassische Synthese als britisch-amerikanische Orthodoxie

“The neoclassical synthesis was, in substance, the linking of Keynesian income-expenditure systems with neo-Walrasian equilibrium analysis. But Keynes did not think in terms of simultaneous determination. He was a cause and effect man, handling historical time: Investment demand determined saving, demand determined output and employment.”
(John Lodewijks, in King, 2003)

Die neoklassisch-keynesianische Synthese wurde nach dem Krieg zur Grundlage keynesianischer Wirtschaftspolitik. Ihre Väter gaben die Gleichgewichtstheorie nicht auf. Sie akzeptierten das neoklassische Modell grundsätzlich und fügten die keynesianische Konjunkturtheorie hinzu. Mit Hilfe des IS-LM-Modells⁶ zeigten sie, dass antizyklische Geld- und Fiskalpolitik auf kurze Sicht positiv auf die Realwirtschaft wirkt.

Dieses Modell suggerierte, dass Keynes auf kurze Sicht recht hatte, die neoklassische Theorie der Marktträumung durch flexible Preise jedoch auf lange Sicht zutreffend war: Kurzfristige Schocks bringen die Märkte durcheinander. Da können staatliche Interventionen die Rückkehr zum

⁶ Die IS-Kurve stellt alle Kombinationen des Zinssatzes i und des Volkseinkommens Y dar, für die der Gütermarkt im Gleichgewicht ist (I =Investitionen, S =Sparen). Die LM-Kurve stellt alle Kombinationen des Zinssatzes i und des Volkseinkommens Y dar, für die der Geldmarkt im Gleichgewicht ist (L =liquidity preference, M = money supply). Der Schnittpunkt der beiden Kurven ergibt das Gleichgewicht von realem und monetärem Sektor. Deficit Spending verschiebt die IS-Kurve nach rechts und erhöht - bei gegebener LM-Kurve - das Volkseinkommen.

Gleichgewicht beschleunigen. Auf lange Sicht sorgen jedoch freie Märkte am besten für die optimale Allokation der Ressourcen. Kaum jemand zweifelte in dieser Zeit freilich daran, dass die Finanzmärkte streng reguliert werden müssen und Kapitalverkehrskontrollen sinnvoll sind.

Das Keynesische System wurde in der neoklassischen Synthese zu einem Spezialfall der neoklassischen Theorie. Der Keynesianismus wurde als Depressionsökonomie interpretiert, die Neoklassik galt weiterhin für den „Normalfall“ der voll ausgelasteten Wirtschaft und auf lange Sicht.

Das IS-LM-Modell dominierte die Ökonomielehrbücher jahrzehntelang. Auch heute wird es noch in den meisten Einführungen in die Ökonomie dargestellt. Das Mundell-Fleming-Modell fügte dem IS-LM-Modell die Zahlungsbilanz (ZZ-Kurve) hinzu, und das AS-AD-Modell (Aggregate Supply/Aggregate Demand) erweiterte es um den Arbeitsmarkt.

Der Brite John Hicks legte zwar den Grundstein für die neoklassische Synthese. Diese wurde aber zur amerikanisch dominierten Form des Keynesianismus. In den USA sprach man vom Hicks-Hansen-Modell, weil Alvin Hansen wichtige Beiträge dazu leistete. Paul Samuelson, Robert Solow und Franco Modigliani waren weitere entscheidende Proponenten. Paul Samuelson (1948) machte die neoklassisch-keynesianische Synthese durch seinen Lehrbuch-Bestseller populär. Er soll einmal gesagt haben: Alle Ökonomen unter 50 sind Keynesianer. Franco Modigliani sah den entscheidenden Unterschied zwischen Keynes und der Neoklassik in der Rigidität der Löhne. Man könnte ihn deshalb als Vorläufer des „New Keynesianism“ bezeichnen.

Joan Robinson kritisierte die neoklassische Synthese als „Bastard-Keynesianismus“, weil diese die Keynes'sche Theorie als Gleichgewichtstheorie fehlinterpretierte. Auch John Hicks (1980-81) hat später zugegeben, dass sein IS-LM-Modell den Intentionen von Keynes zuwiderläuft. Er bezeichnete dieses Modell als „classroom gadget“.

Paul Davidson (2009) sprach von pervertiertem Keynesianismus. Er räumte allerdings ein, dass Samuelson mit seinem Lehrbuch den Keynesianismus in

den USA vor der Vernichtung durch den McCarthyismus gerettet hat. Dem ersten Keynes-Lehrbuch in den USA, das Lorie Tarshis im Jahr 1947 verfasste, wurde Kommunismus vorgeworfen. Samuelson, der nicht zur keynesianischen Gruppe im engeren Sinn zählte, war vorsichtiger als Tarshis. Er behielt die neoklassische Wirtschaftstheorie als Basis bei: Wenn die Preise und Löhne flexibel wären, gäbe es Vollbeschäftigung. Aber es gibt eben Mindestlöhne, Gewerkschaften, administrierte Preise und unvollkommene Konkurrenz. John Hicks und Paul Samuelson haben den Keynesianismus somit durch Anpassung an die neoklassische Theorie salonfähig gemacht.

Unter der theoretischen Vorherrschaft der neoklassischen Synthese war die Wirtschaftspolitik vom Bretton-Woods-System geprägt: freier Warenverkehr, aber regulierter Kapitalverkehr und Wechselkursanpassung in Stufen. Die Fiskalpolitik wurde zur Stabilisierung der Konjunktur eingesetzt. Tobin forderte schon damals eine Finanztransaktionssteuer. Die Geldpolitik war akkommodierend, möglichst niedrige langfristige Realzinssätze waren das Ziel.

Die Phillips-Kurve wurde von Samuelson und Solow als wichtiges Element der neoklassischen Synthese dargestellt. Es gab einen negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, und die Regierungen konnten entscheiden, ob sie mehr vom einen oder vom anderen haben wollten. In den frühen siebziger Jahren ließen jedoch Ölpreisschocks und Verteilungskämpfe die Inflation und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig steigen. Der Phillips-Tradeoff, der als wichtiger Teil des Keynesianismus verstanden wurde, brach zusammen. Darüber hinaus hatte Großbritannien - das Vorzeigemodell des Keynesianismus - große wirtschaftliche Probleme. Das Wirtschaftswachstum blieb in Großbritannien schon seit den sechziger Jahren deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt zurück, und die Inflation erreichte in den 70er Jahren über 25%. Kaldor und Tobin forderten Lohnmäßigung statt monetärer Restriktionspolitik.

Der Keynesianismus war auf die Binnennachfrage konzentriert. Der Nationalstaat sollte mangelnde heimische Nachfrage ausgleichen. Die

Globalisierung führte jedoch zu einer Verlagerung von der Binnen- zur Außenwirtschaft.

Die Vertreter der neoklassischen Synthese wurden zunächst von Friedman, dann von den Neuen Klassischen Makroökonomien angegriffen. Aber auch die Postkeynesianer sparten nicht mit Kritik: Keynes habe Gleichgewichtsvorstellungen abgelehnt und sich auch zu längerfristigen Ungleichgewichten bekannt. Hyman Minsky (1993) fasste seine Kritik so zusammen: „The neoclassical synthesis ... ended up subordinating the economics of the General Theory to the barter based and timeless general equilibrium theory“ (S.4).

Die aus der neoklassischen Synthese⁷ abgeleitete Wirtschaftspolitik wurde als Hebel-Keynesianismus⁸ oder „Hydraulischer Keynesianismus“ kritisiert, weil sie auf mechanistische Weise operierte und die von Keynes betonte Unsicherheit der Zukunft vernachlässigte. Gunther Tichy (2012), der die Rolle der Unsicherheit in den Vordergrund stellte, nannte den Hydraulischen Keynesianismus eine missbräuchliche Verwendung von Keynes. Er war ein Instrument, um eine weitgehend geschlossene Wirtschaft über das Budget zu kontrollieren. Mit der zunehmenden Globalisierung wurde jedoch der Multiplikatoreffekt nationaler Ausgabenprogramme immer kleiner.

Trotz aller Kritik an der neoklassischen Synthese bleibt doch eine beträchtliche Abweichung vom neoklassischen Modell - vor allem aus konjunkturpolitischer Sicht. Wenn man die neoklassische Synthese allzu harsch kritisiert – wie etwa Joan Robinson („Bastard-Keynesianismus“) - dann fehlen einem Postkeynesianer die Worte für den darauffolgenden Rückfall in die Neoklassik.

⁷ Die neoklassische Synthese wurde auch als „Neo-Keynesianismus“ bezeichnet. Seit der Entstehung des „New Keynesianism“ in den achtziger Jahren ist die Bezeichnung „Neo-Keynesianismus“ für die neoklassische Synthese jedoch verwirrend und missverständlich.

⁸ In Österreich gab es ein Konjunkturausgleichsbudget, das immer dann eingesetzt wurde, wenn die vom WIFO prognostizierte BIP-Wachstumsrate einen bestimmten Wert unterschritt. Das zeigt den Automatismus, der zum Begriff Hebel-Keynesianismus führte.

2.4 Neue Klassische Makroökonomie: Rückkehr der Neoklassik

“New Classical economics is a macroeconomic doctrine designed to oppose Keynesian policies and theories, and demonstrate the self-regulating power of the capitalist system” (Fitzgibbons A., in: King 2003)

Die Entwicklung der US-Keynesianer von der neoklassischen Synthese zum „New Keynesianism“ lässt sich nur verstehen, wenn man vorher die Rückkehr zur Neoklassik - das Aufkommen der New Classical Macroeconomics - Revue passieren lässt. Diese Doktrin blühte vor allem in den USA während der frühen achtziger Jahre (unter Reagan) auf, als die Folgen der Ölpreisschocks zu verkraften waren.

Die Neue Klassische Makroökonomie stellte den Keynesianismus in Frage. Lucas, Sargent, Prescott, Wallace und Barro waren die Wortführer. Sie warfen den Keynesianern vor allem mangelnde mikroökonomische Fundierung vor.

Schon in den sechziger Jahren hatte Milton Friedman die neoklassische Synthese heftig angegriffen: Es bestehe ein logischer Widerspruch zwischen den neoklassischen Mikrogrundlagen und den Keyneschen wirtschaftspolitischen Rezepten. Milton Friedman und Edmund Phelps entwickelten in den späten sechziger Jahren das Konzept der „natürlichen Arbeitslosenrate“ (NAIRU). Langfristig könne die Arbeitslosenrate nicht unter die NAIRU fallen. Die Arbeitslosigkeit sei durch Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt und durch das Suchverhalten bestimmt. Längerfristig gebe es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Kurt Rothschild (1988) stellte deshalb die Frage: Arbeitslose, gibt's die?

Arestis/Sawyer (in: Hein 2003) sehen den Niederschlag der neuen Neoklassik in der Architektur der Europäischen Währungsunion. Die vier Grundfreiheiten, das Statut der unabhängigen Europäischen Zentralbank, der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Maastricht-Vertrag und der Fiskalpakt tragen neoklassische Züge.

Von allen keynesianischen Strömungen unterscheidet sich die Neue Klassische Makroökonomie dadurch, dass sie von einer raschen Markträumung durch flexible Preise und Löhne ausgeht.

Die Neue Klassische Makroökonomie kann als eine Weiterentwicklung der monetaristischen Ideen interpretiert werden. Friedmans Monetarismus stellte letztlich die Geldtheorie der Neoklassik dar. Kurzfristig können Produktion und Beschäftigung von der Geldpolitik beeinflusst werden, langfristig nicht. Die Neuen Klassiker haben – im Gegensatz zu Friedman - auch die kurzfristige Wirksamkeit der Geldpolitik infolge rationaler Erwartungen verneint.

Ein Eckpfeiler der Neuen Klassischen Makroökonomie ist die Theorie rationaler Erwartungen (Lucas/Sargent 1981). Die Konsumenten und Investoren haben rationale Erwartungen, welche die Wirtschaftspolitik ineffektiv machen. Sie antizipieren die Effekte systematischer geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen und machen sie damit wirkungslos. Eine systematisch betriebene Geldpolitik hat demnach keine realen Effekte (bloß Preiseffekte). Nur eine schockartige, unerwartete Geldpolitik wirke sich auf die Realwirtschaft aus – aber bloß kurzfristig.

Das steht in krassem Gegensatz zur "Great Moderation" der achtziger und neunziger Jahre, die auf systematische Geldpolitik zurückgeführt wurde. Olivier Blanchard bezeichnete rationale Erwartungen als einen „Glaubenssatz.“ (Man kann an Dinge glauben, die man in der Realität nicht sieht.)

Ein zweiter Eckpfeiler der Neuen Klassischen Makroökonomie ist die Theorie effizienter Märkte (Fama-Lucas-Muth). Der Glaube an effiziente Finanzmärkte, der so unselig in der Finanzkrise endete, hat hier seine Wurzeln. Die politische Forderung lautete: volle Freiheit des Kapitalverkehrs und Deregulierung der Finanzmärkte. Larry Summers, Berater vieler US-Regierungen, nannte die Theorie effizienter Märkte den größten Fehler in der Geschichte der Ökonomie.

Robert Barro hat die Theorie der ricardianischen Äquivalenz wiederbelebt: Steuersenkungen würden nichts bringen und gespart werden, weil wegen der erhöhten Staatsverschuldung spätere Steuererhöhungen erwartet werden. Den Notenbanken warf Barro in den achtziger Jahren vor, die Preisstabilität gegenüber der Vollbeschäftigung zu vernachlässigen.

Die wirtschaftspolitischen Probleme würden nach Auffassung der Neuen Klassischen Makroökonomien nicht auf der Nachfrage-, sondern auf der Angebotsseite liegen: Liberalisierung und Deregulierung der Finanz-, Arbeits- und Produktmärkte hieß die Devise. Feste Regeln (z.B. Geldmengenziele) statt diskretionärer Maßnahmen sollten die Politik wieder glaubwürdig machen. Inflationäre Verteilungskämpfe sollten nicht durch die Geldpolitik alimentiert werden. So kam es zu einem historischen Wandel von akkommodierender Geldpolitik zu stabilitätsorientiertem Monetarismus.

Auch die Konjunkturschwankungen würden primär von der Angebotsseite her verursacht. Die Theorie der „Real Business Cycles“ führt den Konjunkturzyklus auf Produktivitätsschocks (technische Innovationen) und unerwartete fiskal- und geldpolitische Schocks zurück.

Die Keynesianer konterten, dass in der Real Business Cycle-Theorie die Schwankungen der Kapazitätsauslastung im Konjunkturverlauf fehlinterpretiert würden. Für Robert Lucas war dagegen der Begriff Kapazitätsauslastung ein Unsinn, der ihn wütend machte: Freie Märkte würden es nicht zulassen, dass Arbeit oder Kapital ungenutzt vergeudet werden.

Die keynesianische Theorie (siehe Blinder 1987) wurde in akademischen Kreisen von den achtziger Jahren bis zur Finanzkrise verunglimpft. Lucas (1980) erklärte den Keynesianismus für tot. Für die Postkeynesianer bedeutete der Übergang von der neoklassischen Synthese zur Neuen Klassischen Makroökonomie eine Entwicklung vom Regen in die Traufe. Steindl/Bhaduri sprachen von einer „Rückkehr der Bourbonen“ auf den Thron.

3. Neukeynesianismus – Ein Etikettenschwindel?

„The main ideas of Monetarism and New Classical Theory now live on in New Keynesian economics, which is another supply-side doctrine that recognizes rational behaviour and the natural rate of unemployment” (Fitzgibbons, in: King, 2003, p.275)

“Central to New Keynesian theory is the notion that wages and prices do not adjust rapidly enough to achieve the self-regulation of neoclassical and classical economics”“New Keynesian models cannot be regarded as Keynesian, they are special cases of the neoclassical model” (Cornwall, in: King 2003, p.275 and p.279)

Die Neukeynesianer reagierten auf die Kritik der Neuen Klassischen Makroökonomien. Sie versuchten, den Keynesianismus mikroökonomisch zu fundieren, indem sie Transaktionskosten einführten und die Starrheit der Löhne und Preise auf rationales mikroökonomisches Verhalten zurückführten. Menukosten bei Preisänderungen, unvollständige Konkurrenz und Suchtheorien des Arbeitsmarktes waren dabei wichtige Ansätze (siehe Mankiw/Romer 1991). Joseph Stiglitz betonte die asymmetrische Information, Ben Bernanke die Mängel der Kapitalmärkte und George Akerlof die Bedeutung des Effizienzlohns.

3.1 Rigidität der Preise und Löhne ist mikroökonomisch rational

Die Neuen Keynesianer glauben nicht an die rasche Selbstheilung des Marktes durch flexible Preise. Sie gehen von einer Starrheit der Löhne und Preise aus, die sie auf mikroökonomische Faktoren zurückführen: Die Unternehmer haben z.B. „menu costs“, wenn sie die Preise anpassen. Es sei mikroökonomisch rational, die Preise nicht ständig anzupassen. Auf der Makroebene führe dieses Rationalverhalten aber zu Abweichungen vom Gleichgewicht.

Auch die Nominallohne sind nach unten nicht flexibel, weil es Jahresverträge gibt. Solche Verträge seien rational, weil sie den Aufwand für

Lohnverhandlungen verringern. Außerdem herrscht unvollkommene Konkurrenz: Die Gewerkschaften wehren sich gegen Lohnsenkungen.

Die Starrheit der Löhne und Preise betrachten die Neukeynesianer als das zentrale Marktversagen. Da sich die Preise und Löhne nicht rasch genug anpassen, entsteht unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Es bedarf deshalb geldpolitischer Interventionen der Notenbanken, um Rezessionsphasen rascher zu überwinden.

3.2 Effizienzlohn

Ein wichtiger Grund für die relative Starrheit sind Effizienzlöhne. Die Unternehmer zahlen mehr als den „Gleichgewichtslohn“, weil sie sich davon eine höhere Produktivität der Arbeitnehmer erwarten: Höhere Löhne können Fluktuation, Absentismus und Krankenstände verringern, weil die Arbeitnehmer zufriedener sind und sich fair behandelt fühlen. Gut bezahlte Arbeitskräfte setzen sich auch voll ein, weil sie ihren guten Job nicht verlieren wollen. Weiters verbessert sich das Qualitätsprofil der Jobbewerber bei höherem Einkommen.

Die höhere Produktivität steigert die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und rechtfertigt damit den Effizienzlohn. Wenn ein Betrieb dagegen bei Umsatzeinbußen die Löhne senkt, könnten die besten Kräfte abwandern und die Arbeitnehmer ihre Motivation verlieren. Deshalb ziehen es die Unternehmen bei Nachfrageschocks – aus mikroökonomisch rationalen Gründen – vor, Arbeitskräfte zu kündigen statt die Löhne zu senken.

3.3 Menükosten

Die Kosten von Preisänderungen („Menu costs“) sind ein zentraler Bestandteil des Neuen Keynesianismus. Wenn die Preise ständig an Nachfrageänderungen angepasst werden, dann entstehen Kosten für neue Preislisten, Kataloge, Preisschilder und auch für Preisverhandlungen mit den

Kunden. Auch die Fairness bei dauerhaften Kundenbeziehungen mag ein Grund für relativ starre Preise sein.

Ein rational agierendes Unternehmen wird deshalb bei Absatzproblemen die Produktion drosseln, nicht die Preise senken. Gewinne werden unter den postulierten Bedingungen dadurch maximiert, dass die Preise konstant gehalten werden.

Dieser Argumentation wurde entgegengehalten, dass auch Produktionskürzungen und Kündigungen Kosten verursachen. Es müssen Abfertigungen gezahlt und Sozialpläne finanziert werden.

3.4 Neukeynesianische Modelle

Die neukeynesianischen DSGE-Modelle (Dynamic Stochastic General Equilibrium) versuchen, Preis- und Lohnrigiditäten mit der neoklassischen Gleichgewichtstheorie zu verbinden. Sie übernehmen die rationalen Erwartungen und das Maximierungsverhalten von der Neuen Klassischen Makroökonomie und die unvollkommene Konkurrenz vom Keynesianismus.

Die Ökonomen in den Notenbanken verwenden meist solche Gleichgewichtsmodelle. Sie sehen sich als Neukeynesianer (obwohl sie strikte Austerity-Politik fordern).

Der Neukeynesianismus nahm von den USA seinen Ausgang. Zu den bekanntesten Neukeynesianern zählen George Akerlof, Ben Bernanke, Olivier Blanchard, Stanley Fisher, N. Gregory Mankiw, Maurice Obstfeld, David Romer, Lawrence Summers und John Taylor. Greg Mankiw⁹, der Autor des Bestseller-Lehrbuchs „Principles of Macroeconomics“, war Chefberater der

⁹ “In Gregory Mankiw’s “Principles of Macroeconomics (1998) one finds a pre-Keynesian loanable funds model; all a budget deficit achieves is higher interest rates, crowding out and lower national saving. Mankiw is presenting the “Treasure View” that Keynes so devastatingly attacked. In the unemployment chapter there is no mention of aggregate demand; the only causes of unemployment are minimum wages, unions, efficiency wages and job search. Unemployment appears always to be at the natural rate, with deviations rare and transitory. A monetary approach to inflation is provided...The Treasure View, the quantity theory of money and Say’s Law are all found in modern guises. This is all presented as New Keynesianism” (Lodewijks J., 2003, p.29)

Republikaner in den USA unter Präsident George Bush. Es gibt aber auch einen linken Flügel der Neuen Keynesianer: Paul Krugman, Bradford DeLong und Joseph Stiglitz zählen dazu. Sie treten für massive budgetpolitische Interventionen zur Überwindung von wirtschaftlichen Krisen ein.

Der Neukeynesianismus, der in den achtziger Jahren entstand, entfernte sich noch weiter von Keynes als die neoklassische Synthese. Hans Seidel sprach von einem „Etikettenschwindel“ (Walterskirchen 2016): Das habe nichts mehr mit Keynes zu tun. Die Argumentation beschränkt sich auf die mikroökonomische Begründung der Starrheit der Preise und Löhne, die effektive Nachfrage kommt kaum ins Spiel.

Auch Roger Farmer (2010, S.74) schrieb: „New-Keynesianism is a misnomer“. Der Begriff sei eine Fehlbezeichnung, weil der Arbeitsmarkt in diesem Modell neoklassisch ist. Es gibt hier keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

3.5 Eine neue Synthese?

Die New Classicals und die New Keynesians sind heute die zwei großen Schulen der Makroökonomie, die konjunkturelle Schwankungen sowie die Rolle der Geld- und Fiskalpolitik erklären. In den USA wird zwischen der „Saltwater“ und der „Fresh-Water“-Schule unterschieden (Farmer 2010).

Die Saltwater-Schule ist an der Ost- und Westküste der USA angesiedelt: Harvard, MIT, Columbia, Berkeley und Stanford. Die Fresh-Water-Schule befindet sich an den großen amerikanischen Seen (Chicago). Die Saltwater-Ökonomen vertreten den New Keynesianism, die Fresh-Water-Schule besteht aus Anhängern von Friedman¹⁰, Lucas und Barro.

Die beiden Theorien sind einander so ähnlich, dass Greg Mankiw (2008) von einem neuen makroökonomischen Konsens sprach – ähnlich der früheren neoklassischen Synthese. Dieser Konsens übernimmt im Wesentlichen die

¹⁰ In die öffentliche Kritik gerieten die „Chicago Boys“ in den siebziger Jahren durch ihre ökonomische und ideologische Unterstützung für Chiles Diktator Pinochet.

Verhaltensannahmen der Neoklassik und die Preisrigidität der Neuen Keynesianischen Modelle.

Stockhammer/Ramskogler (2008) formulieren es so: „A version of New Keynesian theory has been identified as the core of the mainstream, that is consistent with enlightened neoliberalism, i.e. accepting a role for the state in the short run while establishing a competitive equilibrium as the key long run reference point (S.24).

3.6 Wirtschaftspolitische Implikationen: Der Dritte Weg

“We postulate that the Economics of the Third Way can be understood as ... description of interventionist neoclassical economics of a new Keynesian variety” ... “We argue that the approach can be viewed as new Keynesian through its emphasis on the NAIRU..., its neglect of aggregate demand and of fiscal policy, the elevation of monetary policy and the concern over the credibility of economic policies” (Arestis/Sawyer 2001, p.2/3)

Der Dritte Weg suchte einen Kompromiss zwischen Neoliberalismus und Sozialdemokratie. Er sah eine Rolle für den Staat als Investor: in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Auf den Wohlfahrtsstaat sollte der Investitionsstaat folgen. Der Staat könne sich für Investitionen, aber nicht für Konsumzwecke verschulden.

Während die Globalisierung aber im Neuen Keynesianismus nicht besonders in Erscheinung tritt, steht sie beim Dritten Weg im Mittelpunkt: Die Globalisierung schränkt den Spielraum der nationalen Politik (besonders im Budgetbereich) massiv ein (Arestis/Sawyer 2001, S.5).

Die Neukeynesianer betonen die Wirksamkeit der Geldpolitik, die sehr rasch reagieren kann. Die Politik der Notenbanken steht deshalb im Vordergrund¹¹.

¹¹ Die Fed in den USA und die japanische Notenbank setzten zuletzt das Quantitative Easing (QE) ein, um die Kreditnachfrage zu beleben. Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank folgte diesem Beispiel. In Deutschland, das stärker dem neoklassischen Denken verhaftet ist, wurde diese Politik Draghis heftig kritisiert.

Die neukeynesianischen Ökonomen sind im Prinzip Neoklassiker, die geldpolitische Interventionen der Notenbanken für richtig halten. Die Ökonomen in der Fed und der EZB sehen sich als Neukeynesianer, die Marktunvollkommenheiten berücksichtigen. Sie haben den Erfolg der „Great Moderation“ - der allerdings nur bis zur Finanzkrise anhielt - auf ihre Fahnen geschrieben. Die Konjunkturschwankungen konnten durch adäquate Geldpolitik („inflation targeting“) verringert werden.

Bezüglich der Einkommensverteilung neigen die Neukeynesianer dazu, das neoklassische Grenzproduktivitätsprinzip zu übernehmen. Gleichzeitig akzeptieren sie den Washington-Konsens: Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Auf lange Sicht ähnelt die Wirtschaftspolitik des Neukeynesianismus also der Neoklassik, auf kurze Sicht dem Keynesianismus.

4. Postkeynesianismus: Es gibt eine Alternative

Die Postkeynesianer haben den Anspruch, den wahren unverfälschten Keynes zu vertreten. Sie lehnen allgemeine Gleichgewichtsmodelle, Saysches Gesetz, Grenzproduktivitätstheorie und jede Vermischung mit der Neoklassik ab. Das Prinzip der effektiven Nachfrage ist die tragende Säule des Postkeynesianismus. Unvollkommene Konkurrenz, instabile Finanzmärkte, Markup-Preisbildung und fundamentale Unsicherheit der Zukunft sind weitere wichtige Komponenten.¹²

Wirtschaftsjournalisten und Sparkassen wetteten gegen diese Politik, die den „deutschen Sparer enteignet“. Die Tugend des Sparens werde durch diese Zinspolitik entwertet.

¹² Der Begriff Postkeynesianismus wurde erstmals 1975 in einem Übersichtsartikel von Eichner und Kregel verwendet. Das Journal of Post-Keynesian Economics und das Cambridge Journal of Economics bieten den Postkeynesianern Publikationsmöglichkeiten.

4.1 Charakteristische Merkmale des Postkeynesianismus

4.1.1 Prinzip der effektiven Nachfrage

Das Prinzip der effektiven Nachfrage ist der Grundpfeiler jedes Keynesianismus, der diesen Namen verdient. Dieses Prinzip, das von allen postkeynesianischen Richtungen akzeptiert wird, besagt, dass die effektive Nachfrage die Produktion und die Beschäftigung auch langfristig bestimmt (Walterskirchen 2012).

Der Output ist normalerweise durch die Nachfrage, nicht durch das Angebot beschränkt. Die Produktions- und Beschäftigungskapazitäten sind in der Regel nicht voll ausgelastet, Vollbeschäftigung wird nur in Ausnahmefällen erreicht. Der langfristige Trend ist im Sinne von Kalecki nichts anderes als eine Abfolge von Zyklen.

Das Saysche Gesetz wird durch das Prinzip der effektiven Nachfrage umgedreht: Nicht das Angebot bestimmt die Nachfrage, sondern die Nachfrage bestimmt das Angebot. Die Nachfrage wirkt auch auf die Angebotsfaktoren: Investitionen sind notwendig, um den technischen Fortschritt umzusetzen. Das Wachstum der Nachfrage beeinflusst auch die Produktivität und das Arbeitsangebot.

4.1.2 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Höhe der Beschäftigung wird durch die effektive Nachfrage auf den Produktmärkten, nicht durch den Lohn auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist auch längerfristig der Normalfall, sie geht auf mangelnde effektive Nachfrage zurück. Arbeitslosigkeit als dauerhaftes Ungleichgewicht hängt mit der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und den Unsicherheiten einer oligopolistischen Wirtschaft zusammen.

Nach Kalecki liegt Vollbeschäftigung nicht im Interesse der Unternehmer, weil sie die Gewerkschaften stärkt und die Disziplin der Arbeiter untergräbt. Ganz

in diesem Sinne reagierte die Wirtschaft bzw. Politik auf die Vollbeschäftigung und die Streiks der sechziger Jahre mit der Globalisierung der Produktion: der Nutzung der weltweiten „industriellen Reservearmee“. Die Möglichkeit, die Produktion in Länder mit niedrigen Lohnkosten zu verlagern, hat die Macht der Gewerkschaften gebrochen. Die Liberalisierung der Zuwanderung hat überdies das Arbeitskräfteangebot in Westeuropa erhöht. Dauerhafte Vollbeschäftigung wurde seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht.

4.1.3 Investitionstätigkeit und Unsicherheit

Es besteht eine fundamentale Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung. Die Zukunft lässt sich aus vergangenen Erfahrungen nicht mit Sicherheit vorhersagen. (Diese Nicht-Ergodizität ist Paul Davidsons Grundpostulat.)

Die Wirtschaft wird durch die „animal spirits“ der Unternehmer vorangetrieben. Die Investitionen hängen von unsicheren Zukunftsaussichten und vom Kapazitätsauslastungsgrad ab – kaum von der Höhe der Zinssätze. Marktwirtschaften sind an sich instabil, in besonderem Maß gilt das aber für die Finanzmärkte. Hyman Minsky (1990) hat sich mit diesem Thema schon lange vor der Finanzkrise beschäftigt.

4.1.4 Finanzielle Instabilität

Minsky hat mit seiner Instabilitätshypothese wichtige Aspekte der Finanzkrise vorhergesehen. Er erkannte, dass die Finanzierung immer riskanter wird, je länger die Prosperität dauert. Minsky unterschied drei Phasen der Finanzierung: In der ersten Phase der „abgesicherten Finanzierung“ übersteigt die interne Finanzierung aus einbehaltenen Gewinnen (bzw. Ersparnissen) die externe Finanzierung bei weitem. Die Erträge aus den Investitionen reichen aus, um die Kredite samt Zinsen zurückzuzahlen. In der zweiten Phase der „spekulativen Finanzierung“ werden nur die Zinsen zurückgezahlt, die Kredite

werden immer wieder erneuert. Der Wachstumsoptimismus überwiegt bei Unternehmen und Banken. In der dritten Phase der „Ponzi-Finanzierung“ bricht eine regelrechte Euphorie aus. Die Investoren nehmen auch Kredite auf, um die Zinsen zu finanzieren, weil sie auf künftige Preissteigerungen (z.B. Immobilienboom) spekulieren. Mitten im Aufschwung der Wirtschaft kann es deshalb zu einem plötzlichen Einbruch kommen, weil der Kreditboom die Saat für die Krise in sich trägt.

Der Kapitalismus hat weit mehr mit den risikoreichen, unsicheren Kapitalanlagen des Wallstreet-Systems als mit dem „neoklassischen“ Tausch auf dem Marktplatz zu tun. Die Finanzinstitutionen spielen im modernen Kapitalismus eine entscheidende Rolle. Damit geht Minsky über den kaleckianischen Postkeynesianismus hinaus, der sich stark auf die reale Sphäre konzentrierte.¹³ Kalecki hatte freilich schon auf das „Prinzip des steigenden Risikos“ hingewiesen: Die Fragilität nimmt mit der Höhe der Schulden zu.

Die Minskysche Instabilitätshypothese beruht im Wesentlichen auf dem mikroökonomischen Verhalten von Banken und Unternehmen, das Risiken für das Finanzsystem als Ganzes in sich birgt: Sie sehen alle den Wald vor lauter Bäumen nicht (Kurz 2011, S.16). Auch in diesem Punkt weicht Minsky Analyse vom traditionellen Postkeynesianismus ab.

4.1.5 Geld ist nicht nur ein Schleier

„A monetary economy is quite different from a barter economy: money is not neutral, finance is important and debt matters.“ (King 2013, S.486)

Der Keynesianismus ist eine Theorie der Geldwirtschaft. Die klassische Dichotomie zwischen realer und monetärer Sphäre gibt es hier nicht. Geld ist nicht neutral (Davidson). Geld ist nicht nur ein Tauschmittel, sondern es dient

¹³ Kurt Rothschild sagte einmal in einem Interview mit John King (2009): „I am a „real“ economist, not a financial economist. Finance is a world of its own“ (S.151). Ein ähnliches Zitat gibt es auch vom Postkeynesianer Geoff Harcourt (2006): „I am a real man“.

auch zur Wertaufbewahrung und zur Spekulation. Die Instabilität des Kapitalismus ist eng mit der Rolle des Geldes verknüpft.

In der Quantitätsgleichung ($PY = Mv$) verläuft die Kausalrichtung aus postkeynesianischer Sicht von PY (Preis mal Einkommen) nach Mv (Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit). Die Nachfrage nach Krediten bestimmt die Geldmenge - nicht umgekehrt. Die Postkeynesianer lehnen deshalb die Friedman/Schwartzsche Erklärung der Großen Depression aus einer verfehlten Geldmengenpolitik kategorisch ab.

4.1.6 Mark-up-Preisbildung und Einkommensverteilung

Inflation ist primär kostendeterminiert, das Ergebnis eines Verteilungskonflikts. Nach Kalecki sind nur die Rohstoff- und Energiepreise durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die industriellen Preise werden mittels Mark-up auf die Kosten kalkuliert. Kurt Rothschild betonte immer wieder das strategische Preisverhalten der Unternehmen. Preise sind nicht das Ergebnis eines Mechanismus.

Die Postkeynesianer lehnen die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie – das zweite Standbein der Neoklassik neben dem Sayschen Gesetz – ab. Die Produktionsfaktoren werden nicht nach ihrer Grenzproduktivität entlohnt. Die funktionale Einkommensverteilung ist nicht technologisch, sondern durch Machtfaktoren bestimmt (Ederer 2008). Kurt Rothschild hat sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt. In der Kaleckischen Theorie hängt die Höhe des Mark-up vom Monopolgrad ab. Unvollkommene Konkurrenz ist ein wichtiger Ausgangspunkt der Postkeynesianer.

4.1.7 Investition bestimmt die Ersparnis

Die Kausalität verläuft in der postkeynesianischen Theorie von der Investition zum Sparen - nicht umgekehrt. Investitionen führen zu Gewinnen, welche eine hohe Sparneigung aufweisen.

Ein Anstieg der Sparquote löst nicht einen gleich hohen Zuwachs der Investitionen aus. Die Tugend des Sparens kann in wirtschaftlichen Schwächephasen zu einem Laster werden.

Es gibt kein automatisches Gleichgewicht von Sparen und Investieren, das durch den Zinssatz herbeigeführt wird. Der Zinssatz wird durch den Bankensektor (auf dem Geldmarkt) bestimmt, nicht durch klassische Knappheit an Ersparnissen. Sparen und Investieren werden über Produktion und Einkommen (Multiplikatorprozess) aneinander angepasst.

4.2 Wirtschaftspolitische Implikationen

„Engineers are, first and foremost, problem solvers. By contrast, the goal of scientists is to understand how the world works Neither scientists nor engineers have a greater claim to virtue. We need both.“ (Mankiw 2006, p.1/2)

Keynes war wenig an reiner Theorie interessiert, er betrachtete die Ökonomie als politische Wissenschaft. Auch die Keynesianer sind in höherem Maß Ingenieure. Sie wenden sich praktischen Problemen zu und entwerfen Modelle, welche die Wirtschaft möglichst realitätsnah abbilden sollen. Kurt Rothschild (2009) betonte immer wieder den Vorrang der Realität vor der Utopie. Die Neoklassiker sind stärker der theoretischen Seite zugewandt. Sie entwerfen komplizierte mathematische Modelle, die vor allem logisch konsistent sein müssen.

4.2.1 Fiskalpolitik statt Geldpolitik

Die Postkeynesianer sind scharfe Kritiker des Monetarismus. Sie sehen die Ursachen der Inflation nicht in einer überbordenden Entwicklung der Geldmenge, sondern in Verteilungskonflikten.

Als konjunkturpolitisches Instrument ziehen die Postkeynesianer die Fiskalpolitik der Geldpolitik vor. Mit hohen Zinssätzen kann man zwar jeden Boom

abwürgen, mit niedrigen Zinssätzen allein aber keinen Aufschwung herbeiführen.

4.2.2 Erlittene Budgetdefizite als Folge eines Sparüberschusses

Kalecki erkannte, dass defizitfinanzierte Staatsausgaben wie „binnenwirtschaftliche“ Exportüberschüsse auf die effektive Nachfrage wirken. Das war ein starkes Argument für eine expansive Budgetpolitik.

Steindl konnte zeigen, dass Budgetdefizite in den letzten Jahrzehnten immer weniger das Ergebnis einer aktiven Politik und immer mehr das Resultat einer ungünstigen Wirtschaftsentwicklung waren: Budgetdefizite werden oft durch eine schwache Wirtschaftsentwicklung erlitten. Nur selten werden sie heute durch undisziplinierte Regierungen verursacht. Der Sparüberschuss des privaten Sektors, der durch eine ungleiche Einkommensverteilung akzentuiert wird, ist der Hauptgrund für Budgetdefizite (Walterskirchen 2013).

Staatliche Defizite können rein saldenmechanisch nur verringert werden, wenn die privaten Haushalte weniger sparen oder die Unternehmen bzw. das Ausland mehr Kredite aufnehmen. Länder mit überbordenden Leistungsbilanzüberschüssen (Deutschland) können deshalb viel leichter eine „schwarze Null“ im Budget erreichen.

4.2.3 Internationale Wirtschaftsordnung

Eine Internationale Wirtschaftsordnung muss nicht nur Druck auf die Schuldner-, sondern auch auf die Gläubigerstaaten ausüben. Sonst geht ein restriktiver Bias davon aus, dass nur die Schuldnerstaaten zu Einschränkungen, aber nicht die Gläubigerstaaten zu Expansionsmaßnahmen gezwungen werden.

Keynes hat mit seinem Plan einer „International Clearing Union“ eine solche Wirtschaftsordnung entworfen. Die USA lehnten den Keynes-Plan ab und setzten mit dem Bretton-Woods-System eine Weltwirtschaftsordnung durch,

die mit dem Dollar als Reservewährung stärker ihren Interessen entsprach. Keynes hielt das Bretton-Woods-System, das sich letztlich durchsetzte, für akzeptabel.

Da die USA zu einem typischen Schuldnerland geworden sind, drängen sie die Überschussländer – die oft eine „merkantilistische“ Politik verfolgen - zu Währungsaufwertungen: zunächst Japan und Deutschland (Plaza-Abkommen 1985), dann China.

Die Europäische Währungsunion offenbart die Schwächen eines Systems, das nur auf Restriktionsmaßnahmen der Schuldnerstaaten angelegt ist und Leistungsbilanzüberschüsse als hohe Wettbewerbsfähigkeit idealisiert.

Die Postkeynesianer (Arestis u.a.) kritisieren das neoliberale Design der Europäischen Union und entwickeln Ansätze für „eine andere EU“. Im Mittelpunkt steht die Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt, am Fiskalpakt, am wirtschaftspolitischen Prinzip „rules rather than discretion“ sowie an der fehlenden steuer- und lohnpolitischen Koordination (Guger-Marterbauer-Walterskirchen 2006).

4.2.4 Verringerung der Unsicherheit

Eine typische postkeynesianische Strategie ist die Verringerung von Unsicherheit. Das kann z.B. durch relativ stabile Wechselkurse und Preissteigerungen erfolgen. Gunther Tichy hat der Unsicherheit besondere Bedeutung beigemessen. Der Austrokeynesianismus entwickelte kooperative Fähigkeiten, die fundamentale Unsicherheit zu verringern (Sozialpartnerschaft). Günther Chaloupek und Markus Marterbauer (2008) haben die Aspekte postkeynesianischer Politik in Österreich herausgearbeitet.

Keynes hatte eine „Sozialisierung der Investitionen“ vorgeschlagen, um Unsicherheit und Schwankungen zu vermindern. Philipp Arestis (1986) bezeichnete deshalb Schwedens „Arbeitnehmerfonds“ als typisches Beispiel für postkeynesianische Politik.

4.2.5 Lohnpolitik

Wenn die Preissteigerungen von einem Überwälzungsprozess herrühren, dann ist Einkommenspolitik notwendig, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Restriktive Geldpolitik, die eine Übernachfrage bekämpft, ist fehl am Platz. Die Nominallöhne sollen nicht zu rasch steigen, um eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern.

Andererseits lehnen die Postkeynesianer eine Verringerung der Nominallöhne in einer Krisensituation ab: Das würde zu Deflation führen und die Situation nur noch verschlimmern.

4.3 Richtungen des Postkeynesianismus

Es ist keinesfalls eindeutig, wer zu den Postkeynesianern zählt. Es gibt mindestens drei Richtungen: Die Kaleckianer stehen in der Mitte, die US-Postkeynesianer und die „italienischen“ Sraffianer an den Rändern (siehe dazu Lavoie 2014, S.38). Die Kaleckianer haben sich vorwiegend mit dem realen Sektor, die US-Postkeynesianer mit der monetären Wirtschaft und die Sraffianer mit Produktionstechniken, relativen Preisen und Input-Output-Analyse beschäftigt.

In Mitteleuropa wird der Postkeynesianismus in erster Linie mit Arbeiten von Michal Kalecki, Joan Robinson, Richard Kahn, Nicholas Kaldor, Josef Steindl, Kazimierz Laski und Tom Asimakopulos verbunden. Wichtige heutige Vertreter des kaleckianischen Postkeynesianismus sind Philip Arestis, Amit Bhaduri, Eckhard Hein, Geoff Harcourt, John King, Marc Lavoie, Malcolm Sawyer und Engelbert Stockhammer.

Die Kaleckianer trafen sich viele Jahre lang in der Summer School in Triest mit den neo-ricardianischen Sraffianern (Garegnani, Kurz, Parinello, Pasinetti, Roncaglia u.a.). Beide Richtungen sind sich einig in ihrer Kritik an der

Neoklassik. Josef Steindl war bei diesen Tagungen in Triest und Udine (die ich auch mehrmals besuchte) eine der führenden Persönlichkeiten.

Die mitteleuropäischen Postkeynesianer sind vor allem von den Arbeiten Michal Kaleckis inspiriert. Dieser polnische Ökonom wird gern als „präkeynesianischer Postkeynesianer“ bezeichnet. Präkeynesianisch, weil er das Prinzip der effektiven Nachfrage etwas vor Keynes entdeckte, und postkeynesianisch, weil er als Vater des Postkeynesianismus angesehen werden kann.

Kalecki (1990) hat die Unterschiede zwischen den Klassen betont: „Die Arbeiter geben aus, was sie bekommen. Die Kapitalisten bekommen, was sie ausgeben.“ Kalecki hat Marxsche Überlegungen in seine Theorie eingebaut, und den Einfluss des Monopolgrads auf die Mark-up-Preisbildung und damit auf die Einkommensverteilung thematisiert. Gleichzeitig hat er aber die Marxsche Arbeitswertlehre und die Theorie der fallenden Profitrate verworfen.

Soweit die Postkeynesianer auf Keynes zurückgreifen, sind sie nicht so sehr an seiner „General Theory“ als vielmehr an einem Artikel aus dem Jahr 1937 interessiert. In dieser Arbeit hat Keynes seine Abweichungen von der neoklassischen Theorie zusammengefasst:

- Die orthodoxe Theorie geht von der Kalkulierbarkeit der Zukunft aus. Sie vernachlässigt Zweifel, Hoffnung und Furcht.
- Die orthodoxe Theorie geht stillschweigend vom Sayschen Gesetz aus, dass sich das Angebot seine eigene Nachfrage schafft.

Amit Bhaduri (1986) sieht den wesentlichen Unterschied zwischen Keynes und Kalecki darin, dass Keynes von einer Kooperation zwischen den Klassen (Unternehmer und Arbeitnehmer), Kalecki aber von einem Konflikt zwischen den Klassen ausgeht: „Mark-up is class distribution.“

Kalecki hat die mikroökonomischen Annahmen der Neoklassik aufgegeben und dem eine Theorie der unvollkommen Konkurrenz und des Mark-up, der vom Monopolgrad abhängt, entgegengesetzt. Kaldor argumentierte: „...so long as one sticks to neoclassical microeconomics, Keynesian

macroeconomics amount to very little....It is for these reasons that a large number of post-Keynesians believe that the economics of Kalecki provide a preferable foundation for an alternative to orthodox theory." (Lavoie 2014, S.46)

Die Postkeynesianer sind im Allgemeinen arbeiterfreundlicher, progressiver und radikaler als die Mainstream-Neukeynesianer. Man kann die Postkeynesianer als „Links-Keynesianer“ und die Vertreter der neoklassischen Synthese sowie des Neukeynesianismus als „liberale Keynesianer“ bezeichnen.

Hans Seidel hat die Postkeynesianer einmal treffend charakterisiert: „Das sind die Ökonomen, die von der Arbeiterkammer zu Vorträgen eingeladen werden.“

Der Post-Keynesianismus in den USA geht auf Sidney Weintraubs vehemente Kritik an der neoklassischen Synthese zurück: Sie unterschätze die „cost-push inflation“. In den siebziger und achtziger Jahren läutete dann tatsächlich die cost-push-Inflation das Ende der neoklassischen Synthese ein.

Paul Davidson, Jan Kregel, Thomas Palley, Randell Wray u.a. setzten die Kritik in den USA fort. Für Davidson ist die Theorie der Liquiditätspräferenz die Basis der Keynesianischen Revolution: Man braucht Liquidität, um für die unsichere Zukunft gerüstet zu sein. Steigende Nachfrage nach liquiden Mitteln führt nicht zu effektiver Nachfrage und verursacht unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

Neben der Nicht-Neutralität des Geldes betont Paul Davidson (1996) immer wieder die Nicht-Ergodizität des Keyneschen Denkens. Ergodizität bedeutet, dass die Zukunft verlässlich aus der Vergangenheit abgeleitet werden kann. Keynes lehnte dies ab. Die Zukunft ist nicht bloß ein Schatten der Vergangenheit.

Paul Davidson vertritt den eigenartigen Standpunkt, dass Kaleckianer keine Postkeynesianer sind. Auch Hyman Minsky zählt er nicht dazu. John King, Marc Lavoie und andere haben das als unhaltbar bezeichnet. Der Postkeynesianismus würde damit gleichsam auf einen „Davidsonismus“ reduziert.

Alle postkeynesianischen Richtungen sind sich darüber einig, dass Makroökonomie nicht auf das mikroökonomische Verhalten von „Representative Agents with Rational Expectations“ (RARE) gestützt werden könne (King 2013, S.489). Vom Verhalten individueller Haushalte können keine Schlüsse auf die Gesamtwirtschaft gezogen werden. Wenn ein einzelner Haushalt spart, kann er damit Vermögen akkumulieren. Wenn alle Haushalte sparen, dann verringern sie das Einkommen der anderen und damit das Vermögen der Gesellschaft. Die neukeynesianischen Ökonomen, die eine Mikrofundierung anstrebten, sind deshalb weiter von Keynes entfernt als die Vertreter der neoklassischen Synthese, die nur auf die Makroökonomie bauten.

4.4 Heterodoxe Theorie

Der Postkeynesianismus ist eine heterodoxe ökonomische Schule. Er ist nie zum Mainstream geworden, sondern blieb auf eine Minderheit von Ökonomen beschränkt. Seine bisher beste Zeit erlebte der Postkeynesianismus in Großbritannien in den fünfziger und sechziger Jahren: mit Joan Robinson und Nicholas Kaldor an der Spitzenuniversität Cambridge. Kaldor (1955-56) setzte sich vor allem mit dem Thema Wachstum und Verteilung auseinander. Die Postkeynesianer publizierten damals in führenden Zeitschriften, sie wurden vom Mainstream ernst genommen und noch nicht ausgegrenzt. Ein Beispiel dafür ist die Cambridge-Kontroverse der sechziger Jahre über die neoklassische Kapitaltheorie zwischen Robinson/Sraffa/Pasinetti und Samuelson/Solow.

Auch in Österreich hatte der Linkskeynesianismus mit Steindl, Rothschild¹⁴ und Laski eine relativ starke Position. Joan Robinsons Vorschlag, die Gewerkschaften mitregieren zu lassen und dafür Lohnzurückhaltung zu verlangen, wurde in Österreich lange Zeit verwirklicht. Die österreichische

¹⁴ Kurt Rothschild war zweifellos ein Linkskeynesianer. Ich würde ihn aber nicht als kaleckianischen Postkeynesianer bezeichnen. Er versuchte eher, Macht und Verteilung in die neoklassisch-keynesianische Synthese zu integrieren (Rothschild/King 2009).

Sozialpartnerschaft war aber nicht eine Verwirklichung postkeynesianischer Ideen, sondern eine Reaktion auf die Bürgerkriegsatmosphäre der dreißiger Jahre.

Die Postkeynesianer fragen nicht, was rational ist, sondern wie die aktuellen ökonomischen Probleme gelöst werden können. Sie werfen den Neoklassikern vor, Gesellschaft und Geschichte aus der Ökonomie eliminiert und durch eine fiktive mathematische Welt ersetzt zu haben.

Stockhammer/Ramskogler(2008, S.1) beklagen, dass das akademische Klima an den Universitäten feindseliger gegenüber heterodoxen Schulen geworden ist. Der Postkeynesianismus wird vom Mainstream einfach ignoriert.

Mainstream-Ökonomen können in Core-Journals publizieren, die Journals der Heterodoxen haben ein niedriges Ranking.

Orthodoxe Ökonomen argumentieren, dass der Postkeynesianismus nur eine Kritik an der Neoklassik, aber kein eigenes kohärentes theoretisches System sei. Das ist angesichts der vielen postkeynesianischen Makromodelle und Postkeynesianismus-Lehrbücher schwer verständlich (Arestis 1996). Den Postkeynesianern wird weiters vorgeworfen, dass sie vor allem eine Exegese der Ideen längst verstorbener Ökonomen betreiben.

Die Finanzkrise führte zu einer Aufbruchstimmung unter den Postkeynesianern. Der Mainstream der Ökonomie hatte offenkundig versagt. Lance Taylor (2010) sprach von „Maynard's Revenge“ und Marc Lavoie (2014) von „Need for Alternatives“. Zehn Jahre nach der Finanzkrise sitzt die orthodoxe Theorie jedoch noch immer fest im Sattel. Paul Krugman (2014) schreibt über „Frustrations of the Heterodox“. Freilich ist die „sekulare Stagnation“ (Larry Summers, Robert Gordon) – ähnlich wie nach der Großen Depression (Alvin Hansen, Josef Steindl) - zu einem wichtigen Thema geworden. Vielleicht ist noch nicht aller Tage Abend. Denn schwere Krisen erschüttern die herrschenden Theorien in ihren Grundfesten. Nach der Großen Krise 1873 wurde die Klassik durch die Neoklassik ersetzt, nach der Großen Depression 1929 wurde die Neoklassik vom Keynesianismus verdrängt. Warum sollte der herrschende Mainstream die Große Rezession 2008 diesmal überleben?

Der nächste ökonomische Mainstream wird jedenfalls – wie in der Vergangenheit - vom Hegemon der Weltwirtschaft ausgehen, sei es die USA oder bereits China.

Zusammenfassung

Die Unterschiede zwischen Neu- und Postkeynesianismus sind wesentlich größer, als die ähnlich klingenden Bezeichnungen vermuten lassen.

Die Neukeynesianer sind in ihrem Kern Neoklassiker, die an die kurzfristige Wirksamkeit keynesianischer Maßnahmen glauben. Die Postkeynesianer streben dagegen die wahre Keynesianische Revolution an.

Für die Neukeynesianer bleibt die neoklassische Gleichgewichtsanalyse der Bezugspunkt: Auf lange Sicht tendiert die Wirtschaft zum Gleichgewicht. Die Preise und Löhne sind langfristig flexibel genug, um Vollbeschäftigung herzustellen. Nur kurzfristig sind sie relativ starr, wofür es rationale mikroökonomische Begründungen gibt. Deshalb sind vor allem geldpolitische Maßnahmen der Notenbanken notwendig.

Die Postkeynesianer lehnen die neoklassische Theorie eines langfristigen Vollbeschäftigungs-Gleichgewichts kategorisch ab. Sie halten die Unterauslastung der Ressourcen für den Normalzustand. Ein Senken der Preise und Löhne in der Krise würde nicht zu Vollbeschäftigung führen, sondern die Lage durch Deflation noch verschlimmern. Die effektive Nachfrage – nicht das potenzielle Angebot – ist auch langfristig für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend.

Die Neukeynesianer (Bernanke) neigen dazu, die Friedmansche Erklärung der Großen Depression zu akzeptieren: Die Geldmengenpolitik der Notenbank war schuld. Für die Postkeynesianer ist das inakzeptabel, weil die Geldmenge durch die Kreditnachfrage bestimmt wird – nicht umgekehrt.

Der Washington-Konsens - Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung – wird von den Neukeynesianern im Prinzip akzeptiert. Die Postkeynesianer

wehren sich – wie schon Karl Polanyi - vor allem gegen die Liberalisierung der Arbeits- und Finanzmärkte. Für sie sind die Finanzmärkte inhärent instabil.

Was die Einkommensverteilung betrifft, tendieren die Neukeynesianer dazu, die neoklassischen Vorstellungen zu übernehmen. Die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit werden nach dem Grenzproduktivitätsprinzip entlohnt: Jeder bekommt das, was er wert ist. Für die Postkeynesianer ist die Einkommensverteilung dagegen ein Machtkampf zwischen den sozialen Klassen.

Literatur

Arestis, P., Post-Keynesian Economic Policies: The Case of Sweden, *Journal of Economic Issues*, 3 (1986)

Arestis, P., Post-Keynesian economics: towards coherence. *Cambridge Journal of Economics*, 20: 111-135 (1996)

Arestis, P.; Sawyer, M., (eds.) *The Economics of the Third Way*. Edward Elgar, Cheltenham (2001)

Bhaduri, A., *Macroeconomics, The Dynamics of Commodity Production*, Radical Economics, MacMillan, London (1986)

Blinder, A. S. "Keynes, Lucas, and Scientific Progress." *American Economic Review*, May (1987): 130-36. Reprinted in *John Maynard Keynes (1833-1946)*, vol. 2, edited by Mark Blaug (1991)

Chaloupek, G.; Marterbauer, M., Was bleibt vom Austro-Keynesianismus? Dauerhafte Wirkungen der postkeynesianischen Politik in Österreich 1970-1995, November (2008)

Cornwall, W., *New Keynesianism*, in King, J.E. (ed.), *Elgar Companion: Post-Keynesianism* (2003)

Davidson, P., *Post Keynesian Macroeconomic Theory. A Foundation for successful economic policies for the twenty-first century*, Cheltenham (1996)

Davidson, P., Keynes solution (London 2009)

Ederer, S., Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Österreich und den Niederlanden, Metropolis, Marburg (2008)

Farmer, R., How the economy works, Oxford (2010)

Guger, A., Marterbauer M., Walterskirchen E., Economic policy in the Keynes-Kalecki tradition, *Metronomica* (2006)

Harcourt, G., The Structure of Post-Keynesian Economics, Columbia University Press (2006)

Hein, E., Heise, A. und Truger, A. (Hrsg.), Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream? Metropolis-Verlag, Marburg (2003)

Hicks, J. R., Mr. Keynes and the classics: A suggested interpretation, *Econometrica* 5, 147-59 (1937)

Hicks, J. R. "IS-LM": An Explanation. In: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol.III, Nr. 2, Winter, S. 139 (1980-81)

Kaldor, N., Alternative Theories of Distribution, *Review of Economic Studies*, Vol. 23, No. 2, pp. 83-100 (1955-56)

Kalecki, M., *Collected Works of Michal Kalecki*, Oxford (1990)

Keynes, J. M., The General Theory of Employment, *Quarterly Journal of Economics*, Vol.51, No.2, February, pp. 209-223 (1937)

King, J.E. (ed.), *The Elgar companion to post Keynesian economics*, Cheltenham (2003)

King, J.E., A Brief Introduction to Post Keynesian Macroeconomics, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 39.Jg., Heft 4 (2013)

Krugman, P., Frustrations of the Heterodox, April 25 (2014)

Kurz H., Vom Fall und Wiederaufstieg einiger Ideen von Lord Keynes - Oder: Zum trostlosen Zustand einer „elenden Wissenschaft“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 1 (2011)

Kurz H., *Geschichte des ökonomischen Denkens*, C.H.Beck, München (2013)

Lavoie, M., *Post-Keynesian economics: New Foundations*. Edward Elgar, 2nd edition, Cheltenham (2014)

Lodewijks, J., Bastard Keynesianism, in King, J. (ed.), *Elgar Companion: Post Keynesianism* (2003)

Lucas, R.E., *The Death of Keynesian Economics, Issues and Ideas*, Chicago (1980)

Lucas, R. E., Jr.; Sargent T. J., eds. *Rational Expectations and Econometric Practice*. London: Allen and Unwin (1981)

Mankiw, N.G., *The Macroeconomist as Scientist and Engineer*, Harvard University, May (2006)

Mankiw, N.G., A New Synthesis, in: *The Concise Encyclopedia of Economics* (2008)

Mankiw, N. G.; Romer, D., eds. *New Keynesian Economics*. 2 vols. Cambridge: MIT Press (1991)

Minsky, H.P., *John Maynard Keynes – Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus*, Marburg (1990)

Minsky, H.P., *The Essential Characteristic of Post-Keynesian Economics*. Jerome Levy Economics Institute, April (1993)

Palley T., *From Keynesianism to Neoliberalism. Shifting Paradigms in Economics*. May 5 (2004)

Rothschild K. W., *Theorien der Arbeitslosigkeit*, Oldenbourg Verlag (1988)

Rothschild K., King J., *A Conversation with Kurt Rothschild*, *Review of Political Economy*, Vol. 21, No.1, 145-155, Januar (2009)

Samuelson, P., Economics (1948)

Steindl, J., Economic Papers 1941-88, MacMillan, Basingstoke (1990)

Stockhammer E., Ramskogler P., Post Keynesian Economics – how to move forward. Vienna University of Economics, Working Paper No.124, Dec.(2008)

Taylor, L., Maynard's Revenge: The Collapse of Free Market Macroeconomics, Harvard University Press (2010)

Tichy, G., Der mißbrauchte Keynes. Überlegungen zur traditionellen Makropolitik, Festschrift, Wien (2012)

Walterskirchen E., Die lange Frist bei Keynes. Papiere der Keynes-Konferenz der Arbeiterkammer Wien (2012)

Walterskirchen E., Budgetdefizite in Europa: von einer naiven zu einer ökonomischen Sicht, Policy Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik 12 (2013)

Walterskirchen E., Hans Seidel – Architekt der Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära, Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 1 (2016)

Abstract

There are fundamental differences between Neokeynesianism and Postkeynesianism. First of all, Neokeynesianism is today, besides New Classical Macroeconomics, one of the two strands of the mainstream ("Saltwater and Freshwater economics"). Postkeynesianism, on the other hand, is a heterodox economic school. By and large, Neokeynesians are liberals, and Postkeynesians are left Keynesians.

The New Keynesians are, on the whole, neoclassical economists who are in favour of anti-cyclical Keynesian policy measures. They stick to the neoclassical assumption that the economy tends towards full employment. In the long run, prices and wages are flexible enough to restore full employment. In the short run, however, prices and wages are sticky for

rational microeconomic reasons. Due to this stickiness, interventions of central banks are inevitable.

The Postkeynesians reject the neoclassical idea of full-employment equilibrium. Underutilisation of capital and labour is the normal state. Downward-flexibility of wages and prices would not restore full employment, but result in deflation. Effective demand – not potential supply – is crucial for the long-run development of output and employment. Since financial markets are inherently instable, they must be strictly regulated.